

14. Februar 1991

# ANTI - KRIEGS

## BERICHT ERSTATTUNG

"Wo waren Sie am 2. August, als Hussein Kuwait überfallen hat?", werden AntikriegsdemonstrantInnen auf der Straße gefragt. Vermutlich hätten die gleichen Fragenden zu den gleichen Demonstrierenden etwas wie "linke Spinner" oder "Berufsdemonstranten" zugerufen. Da von abgesehen, daß es an dem Tag Proteste gegeben hat (Frankfurt, Bonn) könnten sich diese Menschen diese Frage selber stellen.

"Wo waren Sie am 2. August...?", wird die deutsche Antikriegsbewegung von der Bundesregierung und anderen Regierungen gefragt. Vermutlich von den gleichen Regierungen und Parteien, die die Aufrüstung des Irak ermöglicht, unterstützt und daran verdient haben.

Die Frage an sich ist eine Suggestivfrage. Sie setzt voraus, daß der Krieg am 2. August angefangen habe. Der Konflikt, der jetzt mit kriegerischen Mitteln fortgeführt wird, hat eigentlich mit der Kolonialisierung des arabischen Territoriums begonnen: das Land wurde (von Groß-Britannien und Frankreich vor allem) erobert und in willkürliche Staaten zerstückelt, die natürlichen Ressourcen (Rohstoffe, wie Öl) wurden ausgebeutet, "Regierungen" die den Kollonialmächten wohlgesonnen waren wurden eingesetzt. Das Volk wurde nie gefragt...

"Sie sind also für Hussein", behaupten dann die IgnorantInnen, die der Bewegung unterstellen, sie hätten den von Hussein begonnenen Iran/Irak - Krieg - der ca. 1 Mio. Tote forderte - gut geheißen; die unterstellen, sie hätten die Ermordung Oppositioneller und die Vergasung und Vertreibung der Kurden bejaht. Es wird der Antikriegsbewegung Antiamerikanismus vorgeworfen und die Bewegung weist dies weit von sich, unreflektiert und ohne nachzudenken, um die Akzeptanz der HERRschenden zu erreichen:

- Sind es nicht USA, BRD, Frankreich, England usw., die Milliarden von Dollar in atomare, chemische und biologische Waffen investieren, währenddessen auf der ganzen Welt Menschen verhungern, überall Arbeitslosigkeit, Armut und Elend unerträglich werden?

- Sind es nicht diese Länder, die solche Waffen an andere Länder verkaufen und Milliarden daran verdienen?

- Sind es nicht diese Länder, die durch diese Gewinne bei sich für einen teilweisen Wohlstand sorgen, in anderen Ländern Putsch unterstücken, dort überall für Tod, Elend und Unterdrückung verantwortlich sind?

(Fortsetzung Seite 2)

**Darmstädter Aktionsforum**

# Stoppt den Krieg am Golf!

## Kein Blut für Öl

Waffen! Prima Waffen!  
Für Überfälle, Aggressionen  
und kriminelle Akte!



Der schlimmste Vorwurf ist der des Antisemitismus an die Antikriegsbewegung. Es ist grundsätzlich die Politik einer Regierung vom Volk zu trennen. Es gilt, sehr genau zu betrachten und zu unterscheiden. Die Politik der israelischen Regierung manifestiert sich u.a. in der Besetzung anderer Länder (Sinai, Gaza, Westjordan, Südlibanon...) und der brutalen Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Dies steht jedoch nicht im Zusammenhang mit dem Existenzrecht des jüdischen Volkes im Staate Israel.

Wenn den KritikerInnen der israelischen Politik Antisemitismus vorgeworfen wird, kann dies aufgrund von Unwissenheit, Ignoranz oder böswilliger Unterstellung geschehen.

Das pauschale Unterstützen Israels heißt aber auch die Verneinung des Existenzrechtes eines palästinensischen Staates neben einem israelischen.

Diese sehr sensible Thema erfordert mehr Kommunikation und Diskussion als platte Vorwürfe oder das Hissen der israelischen Flagge, wie die Darmstädter Grünen an ihrem Info-Stand.

-Sind es nicht diese Länder, die den Anspruch für sich erheben, freiheitlich und human zu sein und das internationale Recht respektieren, andererseits die Länder wie Nicaragua und Panama überfallen, besetzen, bzw. solche unterstützen?

-Sind es nicht diese Länder, die behaupten, gegen Krieg zu sein und auf der anderen Seite im Iran - Irakischen Krieg den Irak unterstützen und um weiter Waffen verkaufen zu können, einen langen Krieg in Kauf nehmen, und so den Irak in ein Waffenlager verwandelten?

-Sind es nicht diese Länder, die vorgaben, gegen Produktion und Verwendung von chemischen Waffen zu sein, aber vom Massaker am kurdischen Volk mit Chemiewaffen im Jahre 1988 schwiegen, sogar den Irak bis zum Einmarsch in Kuwait weiterhin mit chemischen Stoffen belieferten und dort Produktionsanlagen bauten?

Pfoten hoch!



Nur tüchtig zugreifen,  
der Herr! Und alles  
supergünstig!



Die Antikriegsbewegung muß sich mehreren inhaltlichen Fragen stellen, um mehr als eine Anti-Bewegung zu werden. Reicht es einen Waffenstillstand am Golf zu fordern? Ist ein "solcher Frieden" nicht nur ein "Frieden" der HERRschenden?

Warum hätte mensch (die Alliierten) das Embargo weiterführen sollen? Bedeutet dies, als "kleineres Übel" bezeichnete Vorgehen nicht schon eine illegitime Einmischung fremder Länder?

Wäre diese Logik nicht die gleiche, wie Bushs, der dem Krieg zum jetzigen Zeitpunkt auch für das kleinere Übel hält? Reicht es zu fordern, daß hauptsächlich keine Bundeswehr an den Golf soll? Ist der Tod anderer Soldaten weniger tragisch? Was ist Rassismus?

Es ist nötig zu diskutieren. Ein Konsens ist nicht erforderlich, aber eine inhaltliche Auseinandersetzung muß stattfinden. Wenn die Antikriegsbewegung antimilitaristisch wird, kann sie sich zur Friedensbewegung entwickeln.

Es gibt keine SPALTUNG - Nur EINHEIT in der VIELFALT!

die redaktion

-Sind es nicht die Amerikaner gewesen, die als bisher einziges Land die Atombombe gegen Menschen eingesetzt haben und die in Vietnam Napalm und das Giftgas Agent Orange gegen die Bevölkerung einsetzten?

-Sind es nicht amerikanische und türkische Flugzeuge, die unter dem Vorwand, den Iran anzugreifen, Kurdistan bombardieren und damit den Tod von Hunderten, die Flucht von Hunderttausenden nach Syrien, und in den Iran verursachen?

-Sind es nicht diese Länder, die im Innern die sozialen Leistungen und Rechte beschneiden, dagegen jedoch für den Krieg Millionen von Dollars ausgeben?

Diese Vorwürfe richten sich vor allem an die US-Regierung und die der verbündeten Staaten sowie der Industrie nebst Industriekonzerne. Wenn das bloße infragestellen und kritisieren der US-Politik schon Anti-Amerikanisch ist, dann kann es in der BRD nicht genug Anti-Amerikanismus geben.

Das ist unfair! Das ist  
ein Überfall! Eine Aggression!  
Ein krimineller Akt!



Zeichnung: E. Raschenbach

Darmstädter Aktionsforum "Kein Krieg am Golf" und DFG/VK Darmstadt (Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen), Gruppe Darmstadt

Redebeitrag zur Kundgebung auf dem Luisenplatz, gehalten am 31. Januar 1991:

Die heutige Kundgebung hat als Hauptthema die Mitarbeit der BRD am Golf-Krieg und die Möglichkeiten der Verweigerung ALLER Kriegsdienste. Zuerst aber einige Worte zu den Anschuldigungen und Diffamierungen der Friedensbewegung:

**Zur Diffamierung der Friedensbewegung**

Wir haben uns schon immer gegen jedes gewalttätige Einschreiten in Konflikten ausgesprochen. Wir wissen, daß jeder Versuch, Konflikte mit gewalttätigen Mitteln zu lösen, nur neue Probleme schafft. Von dem tausendfachen Morden von Menschen und der Zerstörung der Lebensgrundlage von Mensch und Natur gar nicht zu reden. Für uns ist jeder Krieg geplanter Massenmord.

Es ist kein Wunder, daß die größten Vorwürfe von Regierungsseite kommen. Denn diese Regierung und die vorherige sozial-liberale Regierung sind für die mörderischen legalen und illegalen Rüstungsexporten VOLL verantwortlich. Kohl und Schmidt haben kein Recht die Friedensbewegung zu belehren. Sie wälzen nur ihr eigenes Versagen auf uns ab.

Als Hussein Kurden vergasen ließ, forderte ein einziger Bundestagsabgeordneter Wirtschaftssanktionen - ein Grüner. Die Mehrheit bekundete Empörung und legte die Sache zu den Akten. Es gab keinerlei Bereitschaft, Maßnahmen gegen den Irak zu ergreifen. Saddam Hussein sollte nämlich ein Gegengewicht gegen den aufstrebenden Iran sei.

Er wurde kräftigst unterstützt: mit technischem "Know-How", Rüstungsgütern, Krediten der Deutsche Bank und Bürgschaften der Bundesregierung in Milliardenhöhe.

Der fröhliche Handel mit dem Giftgas, das jetzt Israel bedroht, ging weiter. Maßnahmen gegen Exporteure wurden gefordert, Gesetze zur Kontrolle der Rüstungsexporte tatsächlich auf dem Wege gebracht. Sie reichten, wie damals von uns kritisiert und heute für alle ersichtlich nicht aus.

Uns geht es aber nicht nur um die legalen und illegalen Exporte von Rüstungsgütern. Sondern uns ist klar:

**WIR WOLLEN KEINERLEI RÜSTUNGSPRODUKTION.**

Denn jedes Gewehr, jeder Schuß Munition, jede Produktion von Rüstungsgütern ist Ursache für Krieg. Es muß uns darum gehen, Rüstungsproduktion als solche zu verurteilen und zu bekämpfen. Rüstungsproduktion, legal oder illegal, ist Beihilfe zum Mord.

Wir setzen uns für eine umfassende Umwandlung militärischer in ziviler Produktion (Konversion) ein. Wir fordern deshalb:

**KEINE ARBEITSKRAFT FÜR DIE RÜSTUNGSPRODUKTION.**

**Zur Mitarbeit der BRD am Golfkrieg**

Der Versuch der Bundesregierung, getanes Unrecht mit Hilfe von Schecks und großzügiger finanzieller Unterstützung zu tilgen, ist nicht nur der erbärmliche Versuch, sich aus der Verantwortung zu ziehen: Die Milliardenzahlungen an die USA und Großbritannien sind nur als **AKTIVE KRIEGSUNTERSTÜTZUNG** zu verstehen.

Genauso gehen Überlegungen, Israel mit den Patriot-Raketen zu unterstützen in die falsche Richtung. Die Bundesregierung täte besser daran,

alle Möglichkeiten auszuschöpfen, schnellstens auf eine Waffenruhe hinzuwirken. Nur dies und anschließende Friedensverhandlungen können Menschenleben retten. Nur dies bedeutet effektiven Schutz für Israel und ALLE anderen betroffenen Gebiete.

Für uns hat jeder Mensch das Recht, in Frieden und Freiheit zu leben. Und jedes Volk hat das Recht, selbstbestimmt und frei über seine Lebensverhältnisse zu entscheiden. Es hat aber die Pflicht andere Menschen und Völker zu achten und dafür zu sorgen, daß jeder Mensch und jedes Volk in Frieden und Freiheit leben kann. Dies gilt sowohl für das israelische, palästinensische, türkische, kurdische, irakische und kuwaitische Volk als auch für jedes Volk der Erde.

Wir wissen, daß Differenzen und Streitigkeiten nur auf dem Verhandlungswege gelöst werden können. Jedes gewalttätige Einschreiten bewirkt neue Probleme und läßt einer friedlichen Lösung keinerlei Spielraum.

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

Jeder Krieg ist geplanter Massenmord.

Wir fordern daher:

- SOFORTIGER WAFFENSTILLSTAND
- SOFORTIGE EINBERUFUNG EINER NAHOST-FRIEDENSKONFERENZ.

Verteidigungsminister Stoltenberg hat sich dagegen gewehrt, jetzt über mögliche militärische Abläufe und Folgen öffentlich zu reden. Ein Angriff Iraks gegen die Türkei würde seiner Meinung nach den Bündnisfall auslösen. Er ist dann für einen Bundeswehreinsatz.

Wir wollen KEINE Bundeswehr in der Türkei, in Israel oder am Golf.

Aber es geht nicht nur um den direkten Bundeswehreinsatz. Das Schlimme sind die täglichen Waffen-

lieferungen der Bundeswehr an die US-Militärs und die Finanzierung des Krieges. Die Milliardenbeträge, die an die USA und Großbritannien gezahlt werden, sind für uns aktive Beihilfe zum Massenmord.

Selbst ein Richter am Bonner Amtsgericht kommt zu folgendem Urteil: Seit dem 17. Januar nimmt die BRD an einem ANGRIFFSKRIEG gegen den Irak teil. Dieser Meinung sind auch wir.

Alle reden noch über einen Einsatz von Soldaten. In Wahrheit ist die BRD bereits im Krieg. Die Parole "Nie mehr Faschismus, nie mehr Krieg" hielt keine 50 Jahre. Kanzler Kohl entpuppt sich als erster Kriegskanzler der Republik. Die Unterstützung des 100 000 - fachen Mordens ist für Kohl "eine Selbstverständlichkeit". Für Stoltenberg ist es "menschlich vertretbar". Hier zeigt sich das grausame Gesicht von Politik und Macht.

Wir fordern deshalb:

- SOFORTIGER RÜCKZUG DER ALPHA-JETS
- KEINE WEITEREN WAFFENLIEFERUNGEN
- KEINERLEI FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG
- KEINEN EINSATZ DER BUNDESWEHR IN DER TÜRKEI ODER SONST WO AUF DER WELT.

Gleichzeitig fordern wir die Offenlegung ALLER militärischen Pläne der Bundesregierung. Es darf keinerlei Zensur über deutsche Kriegsbeteiligung geben. Wir fordern eine breite gesellschaftliche Diskussion über die deutsche Unterstützung des Golfkrieges. Die mörderischen Folgen müssen aufgezeigt werden. Die Wahrheit darf nicht vertuscht werden. Es darf niemand sagen, er habe Nichts gewußt.

Zur Verweigerung ALLER Kriegsdienste

Es darf nicht sein, daß deutsche Soldaten wieder Tod und Verwüstung

über die Menschheit bringen. Daher appellieren wir an alle Zeitsoldaten, Reservisten und Wehrpflichtige: entzieht euch dem Einsatz in Nahost.

**VERWEIGERT DEN KRIEGSDIENST JETZT.**

Überlegungen wie "im Ernstfall hau ich halt ab" sind zu kurz gedacht und Selbstbetrug.

Es ist wichtig zu wissen, daß jeder Reservist oder Soldat oder Wehrpflichtige das Recht hat, jederzeit den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern. Im Kriegsfall müssen sie laut Bundesverfassungsgerichts **SOFORT** vom Waffendienst befreit werden. Aber dies steht nur auf dem Papier. Die Kreiswehrrersatzämtern verfahren so: Verweigernde Reservisten werden eingezogen. Verweigernde Soldaten werden **NICHT** vom Dienst befreit. Dies ist ein Skandal.

Wir fordern daher die aufschiebende Wirkung von Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung. Es ist menschenverachtend Kriegsdienstverweigerer in Uniformen und Kasernen zu stecken. Es zeugt von Perversion sie dort zittern zu lassen bis ihr Antrag anerkannt wird. Szenen wie die gewalttätige Verschleppung amerikanischer Soldaten an den Golf müssen uns erspart bleiben.

Menschen dürfen nicht zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Diese Zeiten sind vorbei.

Aber unsere Verweigerung von Kriegsdiensten muß weiter gehen: Es darf nicht sein, daß Kommunale Kliniken zur Wiederherstellung der Kampfkraft von kriegsverletzte Soldaten mißbraucht werden. Wir begrüßen die Resolution des Nürnberger Klinikums, Soldaten **NICHT** zu verpflegen.

Es darf keinerlei Zwangsverpflichtung für Krankenhauspersonal geben, Soldaten für ihren erneuten Einsatz gesund zu pflegen. Ebenso dürfen Zivildienstleistende nicht als militärische Handlanger verplant und

eingesetzt werden.

Alle Überlegungen Menschen zu Diensten zu verpflichten, die sie mitschuldig am Massenmord machen, sind zu bekämpfen. Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen nicht zum Arbeitsdienst zwangsverpflichtet werden. Es darf keine Heranziehung von Frauen zum Sanitätsdienst und Heildienst geben.

Alle diese Dienstverpflichtungen nach Artikel 12a des Grundgesetzes dürfen nicht angewandt werden. Ihnen gilt unser ganzer Widerstand.

**KEINE FRAU, KEINEN MANN  
KEINEN PFENNIG FÜR DEN KRIEG.**

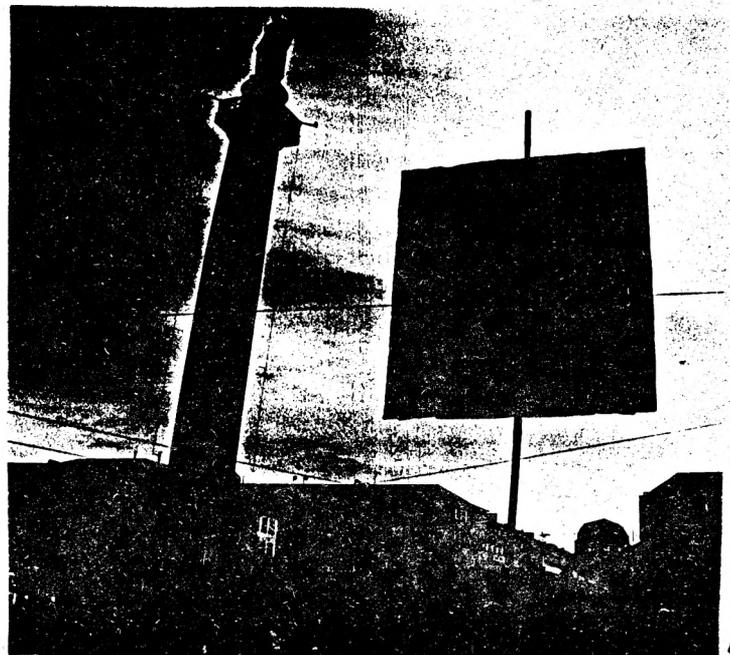
Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer in Darmstadt:

DFG/VK Darmstadt, Ludwigshöhstraße 42, 6100 Darmstadt (Bessunger Knabenschule), jeden Dienstag ab 19 Uhr.

Evangel. Kirche: Tel. 06151/44088.

AG totaler Kriegsdienstverweigerer Rhein-Main: Tel. 0611/407751

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.





Im Felde

Stets ein ehrendes Andenken

die ganze Batterie bedauert  
auf das tiefste den Verlust

Ihr Mann unser lieber  
Kamerad unser Hans  
hat den Heldentod gefunden

fiel einem Volltreffer  
zum Opfer  
für Führer Volk und Vaterland

für etwaige Auskünfte und Fragen  
stehe ich zur Verfügung jederzeit

die persönlichen Sachen  
werden bestmöglich geordnet  
und umgehend übersandt

mit nochmalig tiefstem Beileid  
mit Heil-Hitler  
Oblt.u.Battr.Chef.

H.C.S.

Hänschen klein  
ging allein  
in den großen Krieg hinein  
Eisenhut  
stand ihm gut  
wo liegt sein Gebein?

H.C.S.



Eine Woche nach Kriegsbeginn  
(7 erschreckende Beobachtungen)

Als einer der über 70-jährigen möchte ich heute das Wort ergreifen, nachdem in dieser Woche schon viele Jüngere hier bei der Kundgebung gesprochen haben.

1.) Als wir vor 45 Jahren aus dem Krieg heimkehrten, wußten wir es genau: Krieg darf nie wieder sein.

Dann hat man uns die Wiederauf-  
rüstung schmackhaft gemacht: Stärke  
sei Schutz vor dem Krieg.

Wir hatten es 1933 bis 39 anders  
erlebt, wie militärische Stärke zum  
Mißbrauch wird, zum Gewaltgebrauch  
geradezu anregt.

Nun - seit einer Woche - ist der  
Scherbenhaufen tatsächlich da und  
der Leichen- und Städte-Schutt-  
haufen.

Die Stärke hat verführt.

Zuerst Herrn Saddam, dann die an-  
deren.

Aus der Position der Stärke konnte  
man fordern - ohne Kompromiß.  
Entgegen-kommen, um das Leben  
Tausender zu retten, konnte man  
nicht.

Aber am Ende entgegen-fliegen mit  
Tausend-Bomben, um das Leben  
Tausender zu töten, das konnte man.

2.) Jahrzehnte lang hat man uns  
eingelullt:

All die Rüstung und immer neue  
Rüstung sei doch nur zur Verteidi-  
gung da. Es sei doch alles nur:

Verteidigungs-Bündnis  
Verteidigungs-Leistungen  
Verteidigungs-Haushalte

Und nun? Dient das alles eben doch  
einem Angriffskrieg, lange und  
gründlich vorbereitet. Wir haben  
nicht Verteidigungs-Ministerien und  
- Haushalte, sondern wieder Kriegs-  
ministerien.

3.) Wir haben erlebt, wie der Völ-  
kerbund gegenüber den deutschen  
Kriegsmachern versagt hat. Man hat  
die UNO gegründet, damit sie Krieg  
verhindert. Wir hatten große Hoff-  
nung auf sie. Doch nun - seit einer  
Woche - führt die UNO selber Krieg.  
Unzählbaren Überfällen und Anne-  
xionen war sie gewaltfrei begegnet.  
Nun gibt sie grünes Licht zu einem  
Krieg, in dem es um die Sicherung  
der Interessen der nördlichen Welt  
in der südlichen, der amerikanisch-  
europäischen in der arabischen Welt  
geht. Früher haben Kirchen Waffen  
zu sogenannten gerechten Kriegen  
gesegnet.

Beginnt nun die UNO damit?  
Sollte das der Anfang ihres Endes  
sein?

4.) Bis vor einer Woche hörte man  
kompromißlos, der Golf-Konflikt sei  
scharf zu trennen von den anderen  
Problemen des Nahen-Ostens, be-  
sonders von der Palästinenser-Frage.  
Aber seit einer Woche hört man auf  
einmal alle schreien, nach Beendi-  
gung des Krieges - da seien nun die  
gesamten Nah-Ost-Fragen - ein-  
schließlich der Palästinenser-  
Selbstbestimmung - dringend - so-  
fort - anzugehen in einer großen  
Nah-Ost Friedenskonferenz aller.

Jetzt plötzlich!  
Warum in aller Welt war das vor  
Beginn der Kampfhandlungen tabu?  
Nur weil der Falsche das richtige  
forderte?  
Nur damit die Reihenfolge stimmt?  
Um dann zu verhandeln?  
Müssen dafür Hundert-Tausende  
sterben? oder braucht man vielleicht  
erst den Sieg, um dann zu verhan-  
deln?  
Das kennen wir doch: Aus der Posi-  
tion des Siegers dann verhandeln:

Versailles - Jalta - Krim - Potsdam  
...

5.) Man sagt: Erpressungen durch  
Terroristen darf man nicht nachge-  
ben. Ist nur die halbe Wahrheit; Die  
hohe und wichtige Moral und Vernunft  
der Verhältnismäßigkeit, die es  
zum Beispiel verbietet, wegen eines  
erpresserischen Bankraubes das Le-  
ben von fünf bis zehn - oder auch  
nur einem Bankangestellten aufs  
Spiel zu setzen.

Wo ist dies Moral und Vernunft denn  
nun?  
Plötzlich außer Kraft?  
Plötzlich darf man wegen Kuwait,  
wegen eines Raubes Hundert-Tau-  
sende von Menschen umbringen!  
quälen! zerstückeln!

6.) Beobachtung: Über meine Alters-  
gruppe.

In den letzten Jahren hat man viel  
gehört und gelesen von den neuen  
Alten, mutigen Grauen Panthern. Ja,  
wir haben Sitzblockaden gemacht.

Aber seit einer Woche bin ich gren-  
zenlos enttäuscht.

Wo seid ihr denn meine Altersge-  
nossen?  
die ihr mit mir den Krieg erlebt  
habt!  
die ihr wißt wie er war - wie er  
ist!  
die ihr ihn erlebt habt - in Polen,  
Frankreich, Rußland, Nordafrika?  
die ihr in den Luftschutzkellern ge-  
sehen habt ... Angst ... Krachen ...  
Draußen ... Darmstadt ... Dresden ...  
den Schutt ... Asche eurer Wohnun-

gen.  
Und die Heimkehr und die vielen,  
die nicht heimkehrten ...

Wenn ich euch Handzettel geben  
sagen mir zu viele: Das hat ja doch  
keinen Zweck. Ich frage: Hat das et-  
was mit damals zu tun? Vielleicht  
als Alibi?

Nein! Gerade wir, die wir damals das  
Mögliche nicht getan haben als es  
noch möglich war, nicht ein zweites  
Mal sondern Reden - Erzählen -  
Beschreiben! und mitlaufen mit  
unseren alten Füßen, wenn es heißt:  
Hört auf! Meine Füße tun mir auch  
weh!

7.) Seit einer Woche geht es mir  
nicht aus dem Kopf, so groß die  
Unterschiede zwischen uns und dem  
Hitler-Reich auch sind, die Worte -  
Weisheiten zur Begründung des  
Krieges, die habe ich doch schon  
einmal gehört:  
Von dem Krieg, den man ja nicht  
will, aber der - eben - leider -  
doch nötig sei wegen des bösen  
Feindes da drüben.

Da helfe nur Gewalt gegen Gewalt  
Da sei dieser Krieg eben richtig -  
gut - gerecht gegen diesen Übeltäter  
- genau das kenne ich doch!  
Höre ich wieder auf beiden Seiten!  
Und das andere kenne ich doch  
auch:  
plötzlich die ausgewählte Berichter-  
stattung, die vermeldet, was den  
Kampfwillen schmälern könnte, was  
die Wehrkraft zersetzt.  
die zeigen könnte, wie schmutzig  
und brutal dieser Krieg ist.  
Berichterstattung, die stattdessen  
stolze Generale zeigt, die saubere  
Arbeit leisten; Waffentechnik, die  
präzise trifft; (Wen? wird unter-  
schlagen) die stolz gelerntes Hand-  
werk des Tötens zeigt - als sei es  
ein Krimi-Film.

"Wie gut, daß wir nicht auf die  
Weichlinge der Friedensbewegung  
gehört haben!"

Saddam liefert willkommene Recht-  
fertigung für Rüstung gestern und  
morgen.

Wir 70-jährige müssen das Gedäch-  
tnis der Gegenwart sein, weil wir es  
erlebt haben, daß Krieg nie sauber  
ist, sondern immer schmutzig ist,  
und schmutzig macht. Nie menschlich  
ist, sondern immer brutal ist und  
brutal macht. Das Krieg nicht nur  
die Leiber und die Erde verdirbt und  
tötet, sondern auch uns selber! Und  
das es keine, aber gar keine Recht-  
fertigung und Entschuldigung gibt  
für Krieg.

Deshalb müssen wir  
ehe es weiter eskallert - schreien -  
schreien: "Hört auf! Hört auf!"

Beitrag zur Anti-Kriegsberichterstattung

Liebe FriedensfreundInnen,

seit Ausbruch des Golfkrieges und Verhängung der Pressezensur wird massiv daran gearbeitet, daß der Krieg in den Köpfen nur noch strategisch, nicht aber emotional- menschlich wahrgenommen wird. Damit wird das 'urmenschliche' Empfindungsvermögen, das mit Verzweiflung, Empörung und Unverständnis auf die Bilder schreiender Kinder, weinender Mütter, zeretzter und verstümmelter Leiber, kurz: das leibhaftige Leiden unzähliger Unschuldiger reagiert, erfolgreich blockiert. Damit haben Not, Angst und Tod keine Gesichter mehr. Wenn der Krieg und sein unendliches Leid mit seinen Todesschreien nicht mehr durch Mark und Bein gehen und sich seinen Weg durch Verdrängung und Gutgläubigkeit bahnen kann, weil uns die Bilder des Grauens vorenthalten werden, so müssen wir unsere Energie daren einsetzen, uns und anderen das Grauen, das in diesem Augenblick geschieht, wieder ins Bewußtsein zu rufen, es erlebbar - spürbar zu machen. Dies zu verwirklichen, zu verhindern, daß der Krieg leise-schleichend ein Stück akzeptierte Alltagswirklichkeit wird, bitte ich Euch, dieses Gedicht 'Zeichen' in Eure nächste Ausgabe mit hineinzunehmen!

Vielen Dank!

Eure *Uschi Wolf*

Darmstadt, den 1.2.91

Z E I C H E N

schon am Morgen  
schmeckt der Kaffee nach Blut,  
und die Luft ist schwer  
von Verwesung, Verbranntem und Ekel

keine Hoffnung am Morgen  
keine Freude am Tag

der Mund ohne Worte  
der Atem gefriert in der Kehle  
verklebt mit dem Würgen

keine Tränen  
kein Mitleid  
nur Erstarren und Scham

tief im Innern eine riesige Glut  
kämpft und zerreißt:  
ohnmächtige Wut  
Verzweiflung -  
unsagbare Angst

am schwarzen Hbrizont  
tanzen die Masken der Mörder  
durchzuckt von den Blitzen  
der Todeskommandos

ein Tag ohne Sonne  
schon am Morgen begraben

im stinkenden Schlamm  
der Schuld  
riecht es stechend  
nach Öl

der Tag brennt die Zeichen  
des Todes ins Sein

wage es nicht  
zu beteuern  
du habest nicht gewußt  
nicht gehnt,  
nicht gefühlt,  
was die Zeichen bedeuten !

Uschi Wolf



## Friedenswächter

An diejenigen, die Tag für Tag und Nacht für Nacht nachdrücklich gegen den Krieg mit allen Mitteln protestieren, um den Frieden zu erreichen.  
"Der Zweck rechtfertigt nicht die Mittel"

Nachtwache.  
Verängstigt.  
Einen Kloß im Hals.  
Aber Deine Stimme hört nicht auf zu rufen.  
(Wüste)

Wache.  
Angegriffen.  
Immer unverstanden.  
Aber Dein Protest lässt nicht nach.  
(Hölle)

Auf Posten.  
Ohnmächtig.  
Ein Körper in der Nacht erstarrt.  
Aber Deine Mahnung ist noch zu hören.  
(Winter)

Auf Wache.  
Hoffnungslos.  
Viele riefen nach dem Krieg.  
Aber in Deiner Haltung bleibst Du standhaft.  
(Leidend)

Wachsam.  
Hoffnungsvoll.  
Interessenverknüpfung in solch schmutziger Sinnlosigkeit.  
Aber die Symphonie, die Du verkündest, wird ertönen.  
(Konzert)

Krieg

Kommandierte  
Raubtiere  
Informationsbrei  
Explosionsartige  
Gewinne

H.C.S.

Federico Hernández Mayer  
DA, Februar 1991

LeserInnenbriefe + + + LeserInnenbriefe + + + LeserInnenbriefe

### BRANDNACHT

Kinder in Israel und Kinder im Irak  
Unschuldige Augen in Entsetzen gefroren  
Soldaten sind keine Mörder  
Nein!

Euer Tod-das kleinere Übel-Husseins Alleinschuld?  
Biedermänner und der Brandstifter

Satt und stumm-Satt und dumm  
löffeln Mütter und Väter der Erde  
die metallisch glitzernde Desinformation  
O NEUES DEUTSCHLAND!

Brandnacht in Bagdad, Basra, Haifa und Tel Aviv  
LIVE

Pfälzer Saumagen, alles in Öl  
Hoch soll er Leben  
BRAVE NEW WORLD

Mit freundlichen Grüßen!

*Evan Warden*



## „Für Saddam, in Liebe“

Der Herr, der auf unserem 'Reuter'-Bild ein Autogramm gibt („Für Saddam, in Liebe“), heißt Richard Cheney und ist US-Verteidigungsminister. Er schreibt seine Liebesgrüße auf einen Bombenkopf.

## Internationale Kurzmeldungen

8.2. BBC London 19.30h

Der US Verteidigungsminister Cheneysagte zu zu den Soldaten, sie befänden sich in der größten und erfolgreichsten Luftschlacht der Menschheitsgeschichte.

8.2. HR 1 18h

Ein US Soldat sagte auf die Frage, wie zivile und militärische Ziele unterschieden werden: "Wenn auf einem Wohnhaus eine Kanone montiert ist, ist es ein militärisches Ziel". (Wie erkennt mensch eine Kanone aus großer Höhe? Frage d. Red.)

8.2. Radio Oran 17.25h

Die irakischen Städte Bareth, Zarbathieh, Gasreh und Taghal sind seit gestern bis heute Morgen bombardiert worden. Unter anderem (damit sind wohl Menschen gemeint, Vermutung d. Red.) wurden 6000 alte Kulturstätten zerstört.

8.2. Deutsche Welle 2.05h (beste Sendezeit)

Amnesty International (AI) berichtete von zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in den Ländern, die aktiv am Golfkrieg beteiligt sind. Darunter die USA, Großbritannien, Frankreich, Irak und Ägypten.

8.2. SR 17.40h

30 orthodoxe Bischhöfe in den USA forderten die Kirche auf, Verweigerern und Deserteuren Unterschlupf zu gewähren.

9.2. Deutsche Welle 1h

Der US Präsident Bush rechnet nicht mehr mit der Solidarität Jordaniens. Das Land sei wohl völlig auf die Seite von Irak übergegangen.

9.2. Deutsch Welle 8.10h

Über den Staatssender Saudi Arabiens wurde zum Sturz des Königs Fahid und zu Attentaten auf Alliierte sowie gegen Muslime, die die arabische Gemeinschaft verraten, aufgerufen.

9.2. Tanjug (jugosl. Nachrichtenagentur)

Der irakische Außenminister Assis hat diese Woche zum zweiten Mal den UN Generalsekretär Perez de Quellar kritisiert. Er sagte, daß es merkwürdig sei, daß de Quellar nicht geantwortet habe als er auf die Zerstörung und die Opfer unter der Zivilbevölkerung hingewiesen wurde.

9.2. Veranstaltung in Heidelberg

Auf einer Veranstaltung vor dem Nato Hauptquartier in Heidelberg berichtete ein ehemaliger US Soldat davon, daß sich die Ehefrauen der US GI's an Golf bereits organisieren und an Anti-kriegs Aktionen teilnehmen bzw. diese organisieren. Weiter berichtete er von einer Widerstandszeitung der US Soldaten in Saudi Arabien.

9.2. Veranstaltung in Göttingen

Auf einer Veranstaltung in Göttingen erzählten zwei Vietnam Veteranen, daß an die US Soldaten am Golf sogenannte "calling cards" ausgegeben werden. Diese Karten wurden schon während des Vietnamkriegs von den GI's den getöteten Feinden auf den Körper gelegt. Auf der einen Seite war ein Pin-up girl abgebildet und auf der anderen Seite ein Totenkopf mit der Bezeichnung der Einheit. Am Golf sind diese zu mehreren hunderttausend verteilt worden.

Auf der gleichen Veranstaltung sagten die beiden ehemaligen US Soldaten, daß der Unwille der Soldaten am Golf in der Masse schon jetzt größer sei, als in Vietnam nach 5 Jahren. Die KriegsgegnerInnenvereinigung in New York berichten von mehr als 10 Anrufen täglich wo Soldaten und ihre Angehörigen von Widerstandskaktionen innerhalb der Armee erzählten.

9.2. Tanjug

Eine große schwarze Wolke verdunkelte die Sonne über der 150.000 Einwohnerstadt Sananday im iranischen Teil Kurdistans. Das gleiche wurde in der benachbarten Stadt Marivan berichtet. Bewohner sahen mit Schrecken die Wolke aus dem Norden kommen, wo in den letzten Tagen Ölbaustellen bombardiert wurden.



## DER SOGENANNTTE "BÜNDNISFALL"

Die Gefahr einer Einbeziehung von Bundeswehreinheiten innerhalb der NATO in den Golfkrieg wird von Tag zu Tag größer. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, wann die Angriffe, die mit US-Flugzeugen von türkischen Militärbasen geflogen werden, vom Irak mit einem militärischen Gegenschlag beantwortet werden. In diesem Fall plant die NATO, den sogenannten "Bündnisfall" in Kraft treten zu lassen. Hier geschieht die Verdrehung von Tatsachen, da ein "Verteidigungsfall" der Türkei aufgrund der von dort aus laufenden US-Angriffe nicht besteht. Der Irak würde nämlich, sollte es soweit kommen, nicht das NATO-Mitglied Türkei angreifen, sondern die von den USA eröffnete zweite Front. Legitimiert wird das Vorgehen von Seiten der USA mit dem Ziel der "schnellen Kriegsbeendigung". Wer würde sich schon einer Maßnahme für die rasche Wiederherstellung des Friedens widersetzen wollen?

Der folgende Artikel ist der Frankfurter Rundschau vom 24. Januar entnommen.

## GERICHT: DEUTSCHLAND IM KRIEG.

rgg FRANKFURT A.M., 23. Januar. Ein Richter des Bonner Amtsgerichts vertritt in einem Gerichtsbeschluss die Ansicht, daß die Bundesrepublik seit dem 17. Januar "an einem Angriffskrieg gegen Irak" teilnimmt. In seiner Entscheidung, in der er den Antrag der Staatsanwaltschaft ablehnt, ein Flugblatt mit der Aufforderung zur Befehlsverweigerung zu beschlagnahmen, beruft sich der Richter auf das Verbot eines Angriffskrieges durch das Grundgesetz. Deshalb sei der Aufruf nicht rechtswidrig. Aus dem "Gesamtkonzept" der bundesdeutschen Militärhilfe werde deutlich, daß ein militärischer Beitrag der Bundesrepublik zum Krieg der alliierten Streitkräfte gegen Irak geleistet werden solle. "Nachdem die Türkei den Amerikanern ihre Flugplätze zum Start für

Bomber in den Irak eröffnet hat, ist auch für die deutschen Piloten gegenüber irakischen Flugzeugen die Verteidigungsthese nicht mehr aufrechtzuerhalten", schreibt der Richter in der Begründung seines Beschlusses weiter. Ein gemeinsamer Krieg lasse sich nicht "für einzelne Nationen in einen Verteidigungs- und einen Angriffskrieg aufspalten" (Aktenzeichen 51Gs81/91 und 50Js82/91).

## Kurzmeldungen



## IM SCHATTEN DES GOLFKRIEGS -

Zur Zeit stehen viele Menschen fassungslos dem Aufeinanderprallen hochgerüsteter Militärmächte gegenüber. Kaum jemand sah die Entwicklungslogik, nach der permanenter Rüstung irgendwann ein Krieg folgen muß. Kaum jemand wollte wahr haben, daß unsere zivilisierten westlichen Nationen auch dazu bereit sind, Wirtschaftsinteressen mit Waffengewalt durchzusetzen, sobald die mitprofitierenden Marionettenregimes nicht mehr funktionieren.

Am 15.1.91 wurde fernab des Medieninteresses die 27-jährige Studentin Luitgard Hornstein, wegen ihrer angeblichen Beteiligung an einem Anschlag auf die Rüstungs- und Rüstungsexportfirma Dornier vom 25.7.86 zu 9 Jahren Haft verurteilt. Bei dem Anschlag wurde die Fassade des Verwaltungsgebäudes beschädigt, (Sachschaden 460.000DM)

Die Verurteilung erfolgte trotz schwacher Beweislage und trotz Entkräftung der angeblichen Beweise der Bundesanwaltschaft und deren Hilfskonstruktionen. Das Urteil stützt sich im wesentlichen auf die Aussage der Angeklagten, politisch mit der Aktion gegen die Rüstungsfirma zu tun zu haben, aber die Aktion selbst nicht ausgeführt zu haben.

Ausschlaggebend war die Beschäftigung mit sogenannten "anschlagsrelevanten Themen" des militärisch-industriellen Komplex und ihr enges Verhältnis zu den rechtskräftig verurteilten Düsseldorfern (sog. Kontaktschuld). Mit dieser Art der Schuldvermutung haben die Herren Rüstungsexporteure, die heute wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenexportgesetz belangt werden sicher nicht zu rechnen. Sie sind und bleiben Ehrenmänner.

# Sehen Sie: Sie sehen nichts - Was von demokratischen Rechten zu Krisenzeiten übrig bleiben kann

Weltpolitische Krisen kommen und gehen. Die blutige Niederschlagung des Pekinger Frühlings auf dem Platz des himmlischen Friedens und die angespannte Lage in den baltischen Sowjetrepubliken beeinflussen unseren Alltag nicht: Sie sind zu weit weg. Auch der im Nahen (oder Mittleren) Osten (wer weiß das schon so genau?) tobende Golfkrieg beginnt, zum Fernsehalltag dazuzugehören. So wie schon unzählige Putschs, BürgerInnenkriege und andere blutige Auseinandersetzungen über die Bildschirme flimmern sind.

Schon bald könnte jedoch dieser Krieg im Gegensatz zu allen anderen seit 1945 die Bevölkerung in der Bundesrepublik hautnah berüh-

ren. Und zwar nicht, weil Saddam Husseins SchergenInnen versuchen könnten, die westliche Welt Gebäude für Gebäude einzeln in die Luft zu sprengen. Sondern im Gegenteil: Weil die Bundesregierung beschließen könnte, uns davor zu beschützen. Das ist an sich etwas sehr lobenswertes. Fraglich ist nur, ob die Maßnahmen, die dafür in den Schubladen längst bereit liegen, den Staat gegen Antikriegsproteste oder die BürgerInnen vor Terror schützen.

"Bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit" (§ 1 II Verordnung zum Verkehrsschutzgesetz über Verkehrsleistungen der Eisenbahnen für die Streitkräfte) solle die Eisenbahn nach einer Verordnung

über deren Nutzung durch die Bundeswehr im Kriegsfall rollen, um die erforderlichen lebenswichtigen Verkehrsleistungen für Zwecke der Verteidigung sicherzustellen. Das klingt nicht wie Schutz der Zivilbevölkerung, sondern eher wie Kriegstreiberei.

Dabei zeigt sich bei näherem Hinsehen: in politischen Krisensituationen kann die Bundesregierung oft schon aus eigener Machtvollkommenheit bei beliebig vielen EinwohnerInnen des Bundesgebietes fast beliebig viele demokratische Rechte einschränken oder ihre Ausübung zumindest sehr stark erschweren. In diesem Zusammenhang gibt es verschiedene Fragen, die Punkt für Punkt geklärt werden sollen.

## 1. Was ist eine Krisensituation ?

Dieser Begriff ist gesetzlich nicht näher definiert. Gemeint ist damit die Zeit der Zuspitzung einer internationalen Krise bis zum offenen Ausbruch als Krieg oder bis zur Beilegung auf diplomatischem Wege. Dies geschah zum Beispiel im Oktober 1962 bei der Kubakrise oder im August 1968 bei der Niederschlagung des Prager Frühlings.

Schon in einfachen Krisenzeiten kann die Bundesregierung sogenannte "Notstandsgesetze" zur Anwendung bringen. Eine Steigerung ist möglich in Fällen des "Inneren Notstandes" oder des "Äußeren Notstandes". Ein Innerer Notstand kann festgestellt werden, wenn der Bestand der Bundesrepublik aus dem Inneren durch militärisch organisierte und bewaffnete Aufständische bedroht wird. Dieser Fall spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Interessanter ist hier der Äußere Notstand, der sich in die Fälle des Verteidigungs-, des Spannungs- und des Bündnisfalles aufteilt.

### a) Verteidigungsfall

Der Bundestag kann nach Artikel 115 a Absatz 1 des Grundgesetzes (Art. 115a I GG) den Verteidigungsfall beschließen. Das kann allerdings nur geschehen, wenn das "Bundesgebiet (direkt) mit Waffengewalt angegriffen wird" oder ein solcher Angriff unmittelbar bevorsteht.

Bei Betrachtung der derzeitigen gesamteuropäischen Situation ist dies sicherlich weder heute noch morgen zu erwarten. Die weitreichenden Kompetenzen, die daran geknüpft sind, können im Golfkrieg jedenfalls nicht genutzt werden.

### b) Spannungsfall

Der Bundestag kann nach Art. 80 a I GG mit Zwei-Drittel-Mehrheit den Spannungsfall beschließen. Der Begriff "Spannungsfall" ist nicht näher bestimmt und unterliegt damit der politischen Einschätzung des Parlamentes. Mit diesem Beschluß in der Tasche kann die Bundesregierung bereits einiges machen, was sie auch im Verteidigungsfall dürfte.

### c) Bündnisfall

Die Folgen des Spannungsfalles können jedoch auch ohne parlamentarische Zustimmung von der Bundesregierung selbst in Kraft gesetzt werden. Dazu müßte nach Art. 80 a III GG vorher ein "Organ kollektiver Sicherheit" bspw. der NATO-Rat für seine Mitglieder, mit Zustimmung der Bundesregierung, den Bündnisfall erklärt haben. Dann müßte die Bundesregierung ihren Bündnisverpflichtungen nach dem NATO-Vertrag nachkommen.

### d) Sogenannte Friedenszeit

Daneben haben Bundestag und Bundesrat bereits in den 60er und 70er Jahren eine Fülle von Gesetzen verabschiedet, die ohne an die Voraussetzungen von Art. 80a oder 115a geknüpft zu sein, durch die Regierung benutzt werden können, um die Bundesrepublik schon in sogenannten Krisenzeiten innenpolitisch so zu straffen, daß sie kriegsbereit ist.

## 2. Was darf die Bundesregierung, ohne daß der Verteidigungs-, Spannungs- oder Bündnisfall festgestellt wurde?

Schon aus diesen Gesetzen, die formal gesehen im Noch-Frieden angewandt werden dürfen, kann die Regierung die meisten Grundrechte lahmlegen.

- Nach dem Bundesleistungsgesetz (BLG) kann die Bundesregierung ermächtigt werden, daß sie auf vielfältige Weise auf alles private Eigentum einwirken darf, wobei die Betroffenen zum Stillhalten verpflichtet sind (§ 2 I BLG). Damit soll "die beschleunigte Herstellung der Verteidigungsbereitschaft" (§ 1 II BLG) erreicht werden.

- Nach dem Strafgesetzbuch (StGB) ist jede nicht öffentlich zugängliche Information, die über die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit, die Zivilverteidigung oder militärische Operationen, Ausrüstung und Stärke der Bundeswehr und der NATO Auskunft gibt, ein Staatsgeheimnis (§ 93 I StGB). Die Veröffentlichung eines Staatsgeheimnisses kann, je nach Schwere, bis zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe führen (§§ 94, 95 StGB). Nach einem Entwurf der Bundesregierung von 1965 fällt darunter auch die Wetterlage.

- Nach dem Gesetz zur Beschränkung des Artikels 10 GG (G 10) können Sendungen, die dem Postgeheimnis unterliegen, geöffnet

und der Fernmeldeverkehr abgehört werden (§ 1 I, II GlO), um "...drohende Gefahren für die freiheitlich demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes ... einschließlich der Sicherheit der ... "NATO-Truppen abzuwehren (§ 1 I GlO). Dieses Gesetz wird im Rahmen des politischen Strafrechts und zum "Schutz der Verfassung" schon jetzt angewandt.

- Nach dem Energiesicherungsgesetz (EnSG) dürfen Verarbeitung, Beförderung, Lagerung und Verkauf von Erdöl und Erdgas vorgeschrieben bzw. eingeschränkt werden (§ 1 I Nrn. 1, 2 EnSG), wenn die Versorgung gefährdet ist. Damit soll der "lebenswichtige Bedarf an Energie" gedeckt werden. Danach darf "die Benutzung von Motorfahrzeugen nach Ort, Zeit, Strecke, Geschwindigkeit oder BenutzerInnenkreis eingeschränkt werden..." (§ 1 III EnSG).

- Nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz (ArbSG) können Wehrpflichtige zu Übungs- oder Ausbildungsveranstaltungen von bis zu 28 Tagen erstmalig, danach für bis zu 14 Tagen für spätere Arbeitseinsätze verpflichtet werden (§§ 29, 2 ArbSG). Damit soll "die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zi-

vilbevölkerung" abgedeckt werden (§ 2 II ArbSG).

- Nach dem Katastrophenschutzgesetz (KatSG) darf die Zivilbevölkerung zum "Schutz gegen Angriffswaffen" oder "für Zwecke der Verteidigung" ihren "gewöhnlichen Aufenthaltsort" nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung verlassen (§ 12 I KatSG, Stay-Put-Anordnung).

- Nach dem Verkehrssicherstellungsgesetz (VSG) kann die Bundesregierung öffentlichen (Bundesbahn, ÖPNV) und privaten Verkehrsunternehmen (Speditionen, Busunternehmen) aber auch Privatleuten vorschreiben, wie und wann sie ihre Fahrzeuge auf welchen Verkehrswegen zu welchem Zweck benutzen dürfen (§ 1 II, III VSG), um die "lebenswichtigen Verkehrsleistungen", insbesondere für Zivilbevölkerung und Streitkräfte, sicherzustellen (§ 1 I VSG).

- Nach dem Fernmeldeanlagen-gesetz (FernmG) und der Fernmeldeordnung (FO) können private Telefonanschlüsse "aus Gründen des öffentlichen Wohls vorübergehend stillgelegt werden ..." (§ 7 II FernmG i.V.m. § 12 IX FO)

- Nach dem Wehrpflichtgesetz (WPf1G) können alle gedienten Wehrpflichtigen (auch gediente Zivildienstleistende!) von 18 bis 45 Jahren (Reservisten) zu einer unbefristeten Übung als "Bereitschaftsdienst" herangezogen werden (§§ 6 VI, 3 III WPf1G). In diesem "Bereitschaftsfall" können ungediente Wehrpflichtige beschleunigt gemustert und Zurückstellungen widerrufen werden (§ 48 Nrn. 1, 2 WPf1G); Widersprüche gegen Musterungsbescheide haben keine aufschiebende Wirkung (§ 48 Nr. 3 WPf1G). Alle 18 bis 45 Jahre alten Wehrpflichtigen brauchen für jeden Auslandsaufenthalt eine Genehmigung des Kreiswehrersatzamtes (§ 48 Nr. 4 b WPf1G).

### 3. Was darf die Bundesregierung, wenn der Spannungsfall oder der Bündnisfall festgestellt wurde ?

Alle bisher genannten Maßnahmen darf die Bundesregierung jederzeit einsetzen, wenn sie es politisch für notwendig hält. Sie werden entweder vom Kabinett insgesamt verabschiedet oder von einzelnen MinisterInnen erlassen. Bei den meisten dieser Maßnahmen kann der Bundestag die Aufhebung verlangen. Wenn der Bundestag den Spannungsfall (Art. 80 a I GG) oder die Bundesregierung den Bündnisfall (Art. 80 a III GG) festgestellt hat, können weitere Maßnahmen dazu kommen:

- Nach dem Grundgesetz selbst dürfen Bundeswehr und Bundesgrenzschutz für den Schutz ziviler Objekte und zur Bekämpfung bewaffneter Aufständischer im Inneren eingesetzt werden (Art. 87 a III GG).
- Nach dem Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz

(KDVNG) müssen ungediente Kriegsdienstverweigerer von vornherein zur mündlichen Verhandlung vor Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung. (§§ 8, 9 KDVNG)

- Nach dem Wirtschaftssicherstellungsgesetz (WSG) können Herstellung, Verarbeitung, Lieferung, Bezug und Verwendung von Waren aller Art geregelt und gegebenenfalls eingeschränkt werden, um den "Bedarf der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte" zu sichern (§ 1 I WSG). Außerdem können Banken und Börsen in ihrer Arbeit beschränkt, gegebenenfalls geschlossen werden (§ 1 II WSG).

- Nach dem Postverwaltungsgesetz (PostverwG) und der Post einschränkungsverordnung (PostEVO) darf das Leistungsangebot der Bundespost auf ein Minimum reduziert werden, so daß schwerere Sendungen als Briefe bis 250 Gramm nicht mehr befördert werden dürfen (§ 14 PostverwG i. V. m. § 2 I, II PostEVO).

- Nach dem Postverwaltungsgesetz und der Feldpostverordnung (FpV) wird eine Feldpost zur Versorgung der Bundeswehr eingerichtet (§ 14 PostverwG i. V. m. §§ 1 I, 2 I FpV).

- Nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz (ArbStG) kann Wehrpflichtigen von 18 bis 45 Jahren im zivilen, militärischen oder Verwaltungsbereich ein Arbeitsplatz zugewiesen werden (§ 3 III WPflG i. V. m. § 2 Nr. 2 ArbStG). Männer von 18 bis 60 Jahren und Frauen von 18 bis 55 Jahren können daran gehindert werden, den Arbeitsplatz zu wechseln (§ 2 Nr. 1 ArbStG).

- Zusätzlich treten das Wasser- und das Ernährungssicherstellungsgesetz in Kraft.

### 4. Und nun ?

Neben den oben beschriebenen Maßnahmen ist auch mit Änderungen geltenden Rechts zu rechnen. So fordern bspw. HardlinerInnen aus CDU/CSU/SPD seit Jahren die Wiedereinführung des § 125 StGB (Landfriedensbruch). Hiernach wäre bereits die Teilnahme an einer nicht genehmigten oder bereits von der Polizei aufgelösten Demonstration eine Straftat, sodaß auf diesem Wege praktisch jede organisierte Protestbekundung unmöglich gemacht oder zumindest erheblich erschwert werden könnte. Nachdem diese Aufstellung bisher

wie ein Horroszenario wirkt, erscheint es uns wichtig, darauf hinzuweisen, daß nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden MÜSSEN, sondern KÖNNEN! So weitreichende Einschränkungen der BürgerInnenrechte werden, da der Krieg hier nicht direkt in Form von Fliegeralarmen oder Armeen direkt vor der Staatsgrenze spürbar ist, nicht ohne weiteres auch die Zustimmung der "Öffentlichkeit" erhalten. Es kommt daher auch darauf an, ein politisches und soziales Klima zu schaffen, in dem eine Spaltung

derjenigen, die diese Einschränkungen nicht hinnehmen wollen, nicht möglich ist. Zu berücksichtigen ist dabei aber die bereits jetzt herrschende Presse"zensur" unserer ach-so-freien-Medien, deren Verkehrsfunkberichte häufiger Demonstrationen melden, als deren Nachrichtensendungen. Ein Schwerpunkt muß daher auf Gegenöffentlichkeit und Verbreitung unterdrückter Meldungen sowie Richtigstellung der Kriegsberichterstattung liegen.

*Je mehr, je stärker und je breiter wir sind, desto schwerer können wir es ihnen machen.*

## Was ist die "Allied Mobil Force"

Die AMF wurde 1961 gegründet und bis 1965 hatte sie sich auf Kontingente aus 7 NATO-Ländern vergrößert, die "die Präsenz des Bündnisses an den Flanken" representieren sollten. Einsatzgebiete der AMF waren immer Norwegen im Norden und Griechenland und die Türkei im Süden. In der Türkei gibt es 2 Gebiete, in denen regelmäßig AMF Manöver stattfinden, einmal Thraxien im äußersten Westen an der Grenze zu Griechenland und dann Kurdistan.

Bei dem Manöver "Aurora Express" (1.-30.6.87) stellte z.B. von 5000 Soldaten aus 7 NATO-Ländern mit 1000 Soldaten die Bundesrepublik das größte Kontingent (es bestand "... vor allem aus dem Fallschirmjägerbattalion 261 Merzig, einer Artilleriebatterie, Stabs-, Fernmelde- und Versorgungsteilen sowie einer Staffel der Fliegenden Abteilung 301 des Heeresfliegerregimentes 30, Niederstetten". Für die Luftwaffenunterstützung wurde "eine Staffel des JaBo-Geschwaders 43 nach Diyarebakir in Ostanatolien" verlegt. / Bundeswehr Aktuell, 24.4.1987)

In der Debatte um die Gründung der AMF (1960, General Norstadt) hieß es: "... da diese Streitkraft Komponenten aus vielen Ländern der Allianz besitzt, könnte sie zur Durchsetzung des Willens der politischen Autorität der Allianz eingesetzt werden." Der Politikwissenschaftler Peter Loch schrieb bei seiner Beurteilung des Manövers "Deep Express II" (1975): "Die Art der durchgeführten Manöver, insbesondere des Manövers in Kurdistan an der Grenze zu Syrien, lassen den Schluß zu, daß mit der AMF ausländische Truppeneinheiten mit dem Territorium der instabilen Flankländer Griechenland und Türkei bekannt gemacht werden sollen und somit ein unauffälliges Potential der multinationalen Intervention in innenpolitische Auseinandersetzungen gegeben ist."

Während des Militärputsches in der Türkei (1980) übte die AMF im Rahmen des Manövers "Anvil Express", um vor allem die Regierung bei ihrem Kampf gegen Kurdistan zu unterstützen.

1987 fand das AMF Manöver "Aurora Express" vor dem Hintergrund einer Großoffensive des türkischen Heeres gegen die kurdische Bevölkerung in der Grenzregion statt.

Mit 1000 Soldaten stellte dabei die Bundeswehr wieder das größte Kontingent. Im September 1990 fand ein zuvor abge- sagtes Manöver ("Ardour Exchange") unter dem Namen "Deternet Force" statt, und wurde in den Dezember hinein verlängert, bis die Soldaten für den Ernstfall angefordert wurden.

## Repression wird stärker

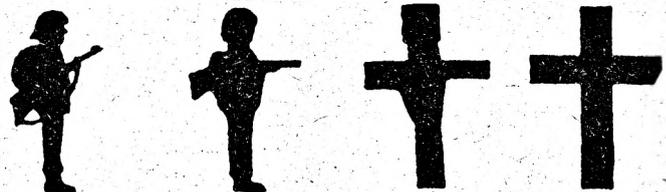
### ERMITTVNGSVERFAHREN wg. Aufrufs zur FAHNENFLUCHT

Gegen 200 StudentInnen hat die Trierer Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen "öffentlichen Aufrufs zur Fahnenflucht" eingeleitet. Auf einer Vollversammlung der Universität Trier war mit knapper Mehrheit eine Resolution verabschiedet worden, die unter anderem alle Soldaten aufforderte, im Falle eines Kriegseintritts der BRD zu desertieren. Laut Auskunft der Staatsanwaltschaft liegt das Strafmaß für einen Desertionsaufruf zwischen einer Geldstrafe und fünf Jahren Haft.

An Beweismitteln liegt der Staatsanwaltschaft ein Pressefoto von abstimmenden StudentInnen der besagten Uni-Vollversammlung vor. Unterdessen hat der AstA-Sprecher als Diskussionsleiter der Vollversammlung eine polizeiliche Vorladung erhalten.

Da jeder einzelnen StudentIn die Zustimmung zu dieser Resolution nachgewiesen werden muß, ist damit zu rechnen, daß die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Sande verlaufen werden. Offensichtlicher Zweck dieses Verfahrens ist wiederum die Einschüchterung und Kriminalisierung unbehaglicher Stimmen, die nicht nur für den Frieden schweigen.

Eine ähnliche Resolution wurde auch während der Uni-Vollversammlungen in Göttingen beschlossen.



## Den Krieg vermarkten

Hat Bush den Krieg gut vermarktet - ist er gut verpackt, präsentiert und dem Publikum verkauft worden, so wie Zahnpasta oder Deodorant?" die Frage stellte ein Journalist der *L.A. Times*, Bruce Horowitz, Mitte Januar den Topmanagern der US-Werbeindustrie. Die Herren der Madison Avenue waren sich darin einig, daß sich die Regierung große Mühe gibt. Jerry Della Femina, Präsident der New Yorker Agentur Della Femina McNamee Inc., sagte: „Menschen zu überzeugen, einen Krieg zu beginnen, ist wohl der beste Werbejob, den eine Regierung überhaupt hinkriegen kann. Sie müssen sie ja überzeugen, daß es einen guten Grund dafür gibt, sich töten zu lassen.“ Nach Ansicht von Della Femina sind die Medien die besten Hilfskräfte für diese Werbung: „Wie oft kann man nicht CNN anstellen und sehen, wie übel diese Leute (im Irak) sind. Die Zuschauer werden langsam, aber sicher davon überzeugt, daß die andere Seite der alles zerstörende Teufel ist. Und Bush macht Krieg zur einzigen Lösung.“

John M. Connors Jr., Präsident von Hill, Hollyday, Connors, Cosmopolos (die Firma macht Autowerbung), urteilt: „Die Regierung gebraucht eine Marketing-Technik, die genauso raffiniert ist wie die bei Wahlkampagnen. Sie beobachtet den Markt, das heißt die Haltung der amerikanischen Bevölkerung zum Krieg. Sie hat kontinuierlich Konzepte getestet, um zu sehen, was wirkt. Und jetzt haben sie alles total unter Kontrolle, wenn sie ein patriotisches Bild des Krieges präsentieren... Aber wenn Hussein im Landkrieg mit chemischen Waffen den Verlust von 50 000 Infanteriesoldaten zerstören wird, dann wird die Regierung die Kontrolle verlieren, und die Bürger werden sich fragen: Warum, um Gottes willen, haben wir sie denn dahin geschickt?“

Die Werbefachleute wissen, daß die Friedensbewegung auch nicht im entferntesten die Mittel für ähnliche Imagepflege und Werbekampagnen hätte. Horowitz stellte ihnen dennoch die Frage, wie eine Kampagne für den Frieden aussehen mußte.

„Ich würde wahrscheinlich die Zehn Gebote zitieren“, sagt David Ogilvy, „mir gefällt besonders das eine, das sagt: Du sollst nicht töten.“

John M. Connors würde die Kosten des Krieges zeigen: „Einen toten Mann in Uniform. Oder einen Neunzehnjährigen, der alles Glück der Erde noch vor sich hätte und jetzt bis zu den Zähnen bewaffnet da steht. Die Anzeige würde fragen: Wie viele dieser jungen Männer wollen wir investieren, um unseren jetzigen Lebensstandard zu erhalten?“

aus: Zeit, 1.2.'91

E.W.

## HIER IST ÖL! ÖL IST HIER!

Hier ist Öl! Öl ist hier! Das liegt hier  
Was die Motoren laufen macht, was die Schiffe bewegt!  
Das kolbenschmierende Öl liegt hier im Boden!  
Das die Städte hell macht! Schnell!  
Verwandelt euch in Ölsucher, ihr Ziegenhirten! Schnell!  
Schafft das Öl an die Oberfläche, tragt den Felsen ab, bohrt  
Den Boden an, Bauern!

Aber da sind Ziegenherden, die auf dem Feld grasen!  
Aber da stehen Wohnhäuser, die hundert Jahre alt sind!  
Aber da sind Grundbücher und Besitztitel!

Schnell! Schafft alles weg was zwischen uns und dem Öl steht!  
Weg mit den Ziegenherden! Weg mit den Wohnhäusern!  
Und weg mit den Grundbüchern und den Besitztiteln!  
Hier ist Öl! Öl ist hier! Das kolbenschmierende Öl ist hier  
Und das die Städte hell macht!

Bert Brecht, 1934

Ergänzung, 22. Januar 1991, Friedenscafé:

Jetzt ist Krieg um's Öl  
Der die Städte dunkel macht! Schnell!  
Verwandelt euch in Soldaten, ihr Ölsucher! Schnell!  
Schnell! Schafft alles weg!  
S'ist Krieg!  
Da wo Öl ist ist Krieg! Krieg ist wo das Öl ist!  
Der die Städte dunkel macht!

Am 22. Januar 1991  
begann der Irak die  
Ölquellen in Kuwait  
zu zerstören.

Wieso  
müssen arme, unschuldige Menschen  
sterben,  
nur weil es die Regierung so will?  
Wieso  
kämpfen die Regierungen,  
die Probleme nicht auch auf  
andere Weise lösen?  
Wieso  
kämpfen denn nicht  
die Bauern der Regierungen  
dagegen,  
wenn sie unbedingt kämpfen  
wollen?

Wieso???

Mahnwache Darmstadt:

### Durststrecke der Vernunft

John F. Kennedy würde sich wundern, was dem Kreis von FriedensfreundInnen und FriedenskämpferInnen im Brunnen Ecke Kasino-Rheinstraße vor dem Haus zu seinen Ehren alles vorgeworfen wird. Das Spektrum der Vorwürfe reicht von "Antiamerikanismus" über "Lagerfeuerromantik" bis zu "Obdach für Penner". Es entsteht Wut, aber keine Resignation. Die Solidarität ist groß zwischen denen, die gegen den Wahnsinnskrieg am Golf sind; und diese Solidarität ist auch notwendig. Meist Betrunkene versuchen besonders in der Nacht, zu provozieren und zu zermürben. Es werden zum Teil Messer gezückt, Transparente zerstört oder Beschimpfungen losgelassen. Auch wenn es manchmal schwerfällt, reagieren die Leute von der Mahnwache darauf ohne Gegenaggression, aber verprügeln lassen werden sie sich nicht. "Wir machen nicht den Fehler, den die amerikanische Regierung macht, auf Aggression mit Gegenaggression zu reagieren!" Aber es gibt auch viele positive Reaktionen und viel Unterstützung durch Nahrungs- und Geldspenden. Viele ausländische Gastwirte unterstützen die Mahnwache regelmäßig mit Nahrung und Wasser.

Oft wird von PassantInnen nach dem Sinn der MAHNwache gefragt. Der Sinn ist primär, zu zeigen, daß das Leben nicht im gleichen Trott weitergeht; es muß Aufsehen erregt werden! Es wird viel innerhalb der Gruppe diskutiert, aber auch mit interessierten Menschen aller Art und Altersgruppen.

Über die Informationsarbeit der Mahnwache hinaus werden mehrere Unterschriftenlisten und Flugblätter am Info-Tisch ausgelegt. Es gibt ein schwarzes Brett mit Informationen und Reaktionen über die Mahnwache. Voraussichtlich am 2. März soll auf dem Luisenplatz ein Aktionstag stattfinden, der von der Mahnwache organisiert und durchgeführt wird.

Die Struktur an der Mahnwache ist nicht autoritär. Jeder trägt Verantwortung und Entscheidungen werden in der Gruppe diskutiert.

"Wir versuchen, das Private mit dem Politischen zu verbinden!"

Die Mahnwache wird durchgehend Tag und Nacht existieren, bis das sinnlose Blutvergießen am Golf beendet ist. SchülerInnen, StudentInnen, ArbeiterInnen und Arbeitslose opfern ihre Zeit gemeinsam für den Frieden auf der Welt, der sich nicht mehr nur auf einzelne Länder begrenzen läßt.

## Berichtigung

Die richtige telefonnummer von Annette Merkelbach  
Ober - Aktivistin und KassiererIn lautet: 37 71 65

# „Wir heben ab“ - Aktion

## TERMINE \* \* \* TERMINE \* \* \* TERMINE \* \* \* TERMINE

### Termine des Darmstädter Aktionsforums

tägl. 0.00-24.00h Mahnwache am Kennedy-Haus, Rheinstr./ Kasinostr.  
Do. 18.00h Kundgebung und DEMO, Luisenplatz  
Sa. 10.00-14.00h Infostände auf dem Ludwigsplatz (vor Quelle)  
Do. 20.00h Plenum des Aktionsforums, Bessunger Knabenschule  
Ludwighöhstr.  
Di. 18.00h Koordinationsausschuß, Platzda, Ludwighöhstr.34  
So. 17.00h " " " " " "

Do.21.2. 20.00h Plenum des Aktionsforums, Thema "Bündnisfall und  
Notstandsgesetze - die rechtliche Situation  
Prof. Dr. Podlech

### Veranstaltungsreihe des Aktionsforums (soweit bereits verbindlich)

Fr.15.2. 20.00h "Was hat Palästina mit dem Krieg am Golf zu tun?"  
(mit M.Schehade, Vertreter der PLO in der BRD)  
Audi-Max der TH-D, Karolinenplatz 2  
Fr. 1.3. 20.00h Thema: "Kurdistan"  
(mit Vertretern aus Kurdistan), Audi-Max  
Fr. 5.4. 20.00h Thema "Israel"  
(mit Felicia Langer), Audi-Max der TH-D

### Weitere Termine in DA

tägl. 7.00+19.00h Friedensgebete in der Stadtkirche  
tägl. 12.00h Mittagsgebet in der Kreuz-Kirche, J.-Jung-str.29  
tägl. 19.30h Friedensgebet in der Auferstehungs-Gemeinde  
in Darmstadt-Arheilgen.  
Do.28.2. 20.00h Dialog-Abend mit dem jüdischen theologen Ehepaar  
Prof. Dr. Pinchas und Ruth Lapide  
"Kann man seine Feinde lieben? - Ist die Bergpredigt  
noch aktuell?"  
Do.21.3. 20.00h Gedenken an Oskar Romero  
(mit Mitarbeitern des Radio Venceremos)  
Gemeinde-Zentrum Kreuz-Kirche

### überregionale Termine

Do. 19.30h Frankfurt/M: Aktionskreis Gesundheitswesen gegen den  
Krieg informiert im DGB-Haus, W.Leuschnerstr.  
Do./Fr. 14.-15.2. "Wir heben ab" (siehe Bericht zu der Aktion)  
Fr.-So. 15.-17.2. Hannover: Kongress für SchülerInnen, StudentInnen  
und Zivildienstleistenden, Motto "Wie weiter mit der  
Bewegung gegen den (Golf-) Krieg"  
näheres: Kongressbüro Tel.: 0511/8386226  
Sa.16.2. 20.00h Frankfurt/M: "Veranstaltung zum Golfkrieg mit Immigran-  
tInnen aus Tunesien, Algerien, Marokko"  
Zentrum "Hinter der schönen Aussicht"  
Sa.16.2. Emden: überregionale DEMO; (Durch Emden läuft der Nach-  
schub der britischen Armee; die US-Army hat Antrag auf  
Verschiffung gestellt.  
Do.21.2. Bonn: Friedensblockade "Zur Durchsetzung des Nah-Ost-  
Friedensplanes der NaturwissenschaftlerInitiative  
"Verantwortung für der Frieden"  
Fr.22.2. 20.00h Frankfurt/M: "Reservisten verweigern den Kriegsdienst"  
Diskussion mit Betroffenen, Zentrum "Hinter der schönen  
Aussicht.

WIR HEBEN AB ist eine Aktion, die sich  
gegen Kriegskredite und die Mitfinan-  
zierung des Golfkriegs wendet. Dazu  
muß dem laufenden Zahlungsverkehr  
das Bargeld entzogen werden.

WIR HEBEN AB zeigt mehrere Möglichkei-  
ten auf, an dieser Aktion teilzunehmen:  
- Alles Geld vom Girokonto abheben.  
- Von den Sparbüchern so viel Geld  
wie möglich abheben. DM 2.000,-  
können ohne Zinsverlust abgehoben  
werden; wird mehr abgehoben, muß  
ein Zinsverlust von ca. DM 1,-  
pro DM 1.000,- eingeplant werden.  
Das Girokonto überziehen (Aus-  
schöpfung des Dispositionskredits)  
Wöchentlich müssen ca. DM 3,- pro  
DM 1.000,- gezahlt werden.  
Beginn der Aktion ist Donnerstag, 14.2.

Sie soll "zunächst" 2 Wochen dauern.  
WIR HEBEN AB lebt von der Ausführung  
und schnellen Verbreitung der Idee:  
Eine Möglichkeit ist es diesen Artikel  
oder das Aktions-Flugblatt zu kopieren  
und ihn/es weiterzuverteilen. Ihr könnt  
auch Eure Freunde und alten Bekann-  
ten anrufen, ihnen von WIR HEBEN AB  
erzählen und sie auffordern mitzu-  
machen, oder eine Kettenbrief-Aktion  
starten, indem Ihr diesen Artikel 20x  
kopiert und an Menschen schickt, die  
Ihr telefonisch nicht erreichen könnt.  
Außerdem ist es wichtig Menschen anzu-  
sprechen, mit ihnen zu diskutieren,  
sie zu überzeugen...

Thema der AG	Wo, Wer, Wann, Was
Öffentlichkeits- arbeitsgruppe	Di.20.00h im "Platz da" c/o Martina 06150/14403 Winfried 06151/163216
GG-Änderung Bündnisfall, KDV	Sa.10.00 - 14.00h Infostand vorm QUELLE weitere Infostände sind erwünscht c/o Eudyne ab 19.00 Tel. 06151/27123
KDV-Beratung	Di.19.30h Bessunger- Knabenschule oder Tel. 069/4980394 (Mo. bis Fr. 18.00h) oder Pfarramt für KDV und Reservisten, Kieststr.18 Pfr.Germer, Pfr.Rojahn Tel. 44088 oder 44089
Kurdistantreff	Mi.20.00h im Bücher- forum, Liebigstr. 6
Treff mit den Exil- IrakerInnen für alle	Mo.17.00-20.00h "Platz da" Ludwighöhstr.34 Tel. 06151/662008
Friedens-Steuer-Ini (Steuerverweigerung)	1. und 3. Mi im Monat 20.00h Büro der Grünen Ludwighöhstr.55 oder Werner 06151/713606
Initiative gegen Rüstungsindustrie	"Platz da" 662008 Sabine 06151/56966
Organisationskreis zur Veranstaltungs- reihe des Aktionsf.	tel. erfragen 662008 ASTA TH, altes Gebäude
Pressegruppe Antikriegsbericht	Mo.19.00h weitere Termine tel. erfragen, ASTA EFH Zweifalltorweg 12 61 DA 06151/ 879860

### Redaktionsadresse:

ASTA EFH D - Pressereferat  
Zweifalltorweg 12  
6100 Darmstadt  
06151 - 879860

Treff: Mo 19h

Aktionsforum Darmstadt  
c/o Gustav Mahr

Kto. Nr: 836 61 01

Hessische Beamtenbank  
BLZ: 508 908 00

Die Fronten am Golf sind verhärtet. Die Alliierten fordern den bedingungslosen Rückzug des Iraks aus Kuwait, der Irak betrachtet das kleine Land als festen Bestandteil des Mutterlandes. So geht der Krieg unvermindert weiter, eine Lösung ist nicht in Sicht. Der Grund: das Beharren auf Maximalforderungen, die keiner Seite eine Rückzugsmöglichkeit offenlassen. Altes Denken. Doch in den 90ern greifen nicht mehr die Rezepte von gestern. Neue, unkonventionelle Denksätze sind gefragt, die oft überraschende Lösungen bringen. TITANIC stellt sie vor.

## **Frankfurter Appell:**

# **TITANIC-Friedensplan für den Golf (I)**

- 1. Der Irak zieht sich aus Kuwait zurück.**
- 2. Die Alliierten stellen die Kampfhandlungen ein und verlassen die Golfregion.**
- 3. Die ehemalige DDR wird 19. Provinz des Irak.**

### **Vorteile für den Irak:**

- a) Ungehinderter Zugang zum Meer (Ostsee).
- b) Große Braunkohlevorkommen als Ersatz für kuwaitische Ölfelder. Braunkohle brennt länger und verschmutzt die Umwelt effektiver als brennende Ölfelder.
- c) Große Chemiekombinate zum uneingeschränkten Experimentieren (Bitterfeld etc.).
- d) Extrem anpassungsfähige und wendewillige Bevölkerung. Vollständige Islamisierung binnen eines Monats garantiert.
- e) Straff organisierter Geheimdienst zum großen Teil erhalten.
- f) Personenkulturfahrendes Personal für Denkmalbau, Transparentmalerei und sonstige Propagandatätigkeit vorhanden.

### **Vorteile für die**

### **Völkergemeinschaft:**

- a) Die neue Provinz des Irak bildet einen unüberwindlichen Sperrriegel gegen wanderwillige Ostvölker.
- b) Die gewohnte Autorität zwingt nörgelnde, streikwütige Zonis an die Arbeit zurück. Rapide steigende Zufriedenheit in der Ex-DDR (ca. 99,8%)
- c) Die alte BRD steckt die zum Aufbau der Zone verschwendeten Gelder in dringende Rüstungsprojekte zugunsten der III. Welt.
- d) Berlin ist wieder Berlin.

## **Der TITANIC-Friedensplan** **für eine neue** **Weltfriedensordnung.**

**Einfacher geht's nicht! Lesen! Kopieren! Weitergeben!**

Erstunterzeichner: Wiglaf Droste (GEMA); Bernd Ellert (Club Best Hotels of the World); Robert Gernhardt (Frankfurter Katzenschutzverein); Achim Greser (Freiwillige Feuerwehr Erlach); Heribert Lenz (ASB); Chlodwig Poth (IG Medien); Christian Schmidt (VCD); Christian Storms (HSV Rheydt-Volleyballabteilung); Hans Zippert (Prisoner Appreciation Society).

**TITANIC – Ideen muß man haben.**

Kontakt: TITANIC-Redaktion, Brönnnerstr. 9, 6000 Frankfurt/M. 1

Dies ist der erste Teil der großen TITANIC-Friedenskampagne. Weitere folgen.

Vorsicht Satire\*\*\*\*\*Vorsicht Satire\*\*\*\*\*Vorsicht Satire\*\*\*\*\*Vorsicht Satire